

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Einzelgenpreis die Bogenpaar. Colonnezeit für Arbeitsgenosse 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzelgen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Hausagitation und Kleinarbeit auch im Sommer.

Nicht selten hört man Kollegen klagen: „Im Sommer ist keine Hausagitation möglich!“ So und so viele Gänge sind unnütz gemacht worden, um den Einzelnen anzutreffen. Unlängst kamen einige Kollegen nach einem Rundgang zu mir, und erklärten, im Sommer überhaupt keine Hausagitation mehr betreiben zu wollen. Das geht nicht, lautete natürlich meine erste Antwort. Wenn auch zugegeben werden muß, daß sich die Hausagitation im Sommer schwieriger gestaltet als zu anderen Jahreszeiten, so gibt es aber doch auch Gelegenheiten, denen man mit keinem Ausreden ausweichen kann. Wir haben uns sofort eingehend mit obengenannter Frage der Kollegen beschäftigt und sind dabei zu der Anschauung gekommen, daß gewisse Momente und Stunden auch im Sommer der Hausagitation Erfolge bringen müssen. Vor allem sei hier der Sonntagmorgen genannt. In den Vormittagsstunden der Sonntage, es kann schon früh mit den Besuchen begonnen werden, haben wir bis jetzt sehr gute Erfahrungen gemacht. In den meisten Fällen werden die zu Besuchenden angetroffen. Dasselbe gilt auch an den Abenden von Regentagen. Selten geht man bei schlechtem Wetter abends spazieren oder unternimmt sonst etwas außerhalb der Wohnung Liegendes. Wenn sich in solchen Fällen die Kollegen in genügender Anzahl zur Mitarbeit stellen, so ist es auch im Sommer leicht möglich, die Hausagitation erfolgreich zu gestalten. Wir haben unter Berücksichtigung obengenannter Momente im Monat Juli zwanzig Kollegen durch Hausagitation gewonnen. Hätten wir, wie einige Kollegen meinten, die Hausagitation seitwärts liegen lassen, so hätten wir heute 20 Mitglieder weniger in unserer Ortsgruppe. Unsere Kollegen wissen heute genau wann ausgerückt wird gegen die Gleichgültigen und Indifferenten und ein Erfolg ist stets zu verzeichnen.

Eine weitere Frage, die ebenfalls für uns im Sommer mit in Betracht kommt, sind unsere Jugendlichen. Alle Kollegen seien hierdurch gefragt: Stellen wir in der Jugendagitation unseren ganzen Mann? Es ist zu empfehlen, besonders rege Fühlung zu halten mit den konfessionellen Jugendvereinen. Ich denke da an die regelmäßigen Vereinsabende, ferner ist es gut, wenn wir bei den gemeinsamen Ausflügen und sonstigen Gelegenheiten vertreten sind. Auf diese Weise können Tausende von jungen Leuten auch im Sommer gewonnen werden. Eine sehr lohnende Arbeit ist das Besuchen der Eltern zur Aufklärung über unsere Organisation und Gewinnung der noch vorhandenen unorganisierten Söhne. Wie oft findet man Familien, wo der Vater Beamter ist (Eisenbahner, Post, etc.), die Söhne sind in den ersten Lehrjahren und schon Mitglieder der gegnerischen Organisation, obwohl die Familie durchaus auf dem Boden unserer Weltanschauung steht. Es fehlt also an der nötigen Aufklärung; unsererseits ist sie unbedingt zu leisten.

Deshalb Vertrauensleute an allen Orten: „Hinein in die Familien, es gibt kein dankbareres Arbeitsfeld wie die Hausagitation und Kleinarbeit auch im Sommer.“ Sch. Sch.

Der Vertrauensmann.

Durch einen Unfall war meine linke Hand ziemlich erheblich mitgenommen worden. Für mindestens ein Jahr konnte ich meine Berufsarbeit an den Nagel hängen. Sientemalen der Mensch aber auch unter diesen Umständen leben muß, suchte ich mir eine andere leichtere Beschäftigung, als Maschinist in der Maschinenwerkstatt (Dreherei, Fräseerei, Bohrerei) eines größeren metallindustriellen Betriebes. Gewerkschaftlich war ich ein unbeschriebenes Blatt; das lag zum Teil daran, weil ich mich mit der Absicht trug, Werkmeister zu werden, und andererseits daran, weil außer den Sozialdemokraten mich noch niemand zum Beitritt in die Organisation animiert hatte. Dem sozialdemokratischen Verband trat ich deswegen nicht bei, weil mir der politische und religiöse Standpunkt der Sozialdemokratie durchaus nicht behagte. In der neuen Arbeitsstelle bin ich christlicher Gewerkschaftler geworden, bin es heute noch und werde es immer bleiben.

Weil nun die Wurzeln unserer Kraft und unser eigentliches Arbeitsfeld als Organisation auf der Arbeitsstelle liegen, und die Träger und Pioniere des Gewerkschaftsgedankens die Vertrauensleute sind, will ich hier einige Beobachtungen wiedergeben, die ich gerade in meinen ersten Jahren als Gewerkschaftler gesammelt habe. Aus den Darlegungen kann jeder Kollege die richtige An-

wendung ziehen und sich merken, wie wir uns zu verhalten haben, wenn wir unsere Sache vorwärts bringen und dadurch unsere Lage und Arbeitsverhältnisse verbessern wollen.

Gewerkschaftlich war ich, wie gesagt, ein unbeschriebenes Blatt, als ich in die neue Arbeitsstelle trat. Von den 500 Arbeitern des Werkes waren, wie ich bald heraus hatte, ungefähr 100 organisiert. Die Mehrzahl gehörte dem sozialdemokratischen Verband an; Hirsch-Dundersche sollten etwa zwei Duzend vorhanden sein, die sich restlos im Maschinenbetriebe befanden. Unser Verband war auch in verschiedenen Abteilungen mit einigen Kollegen vertreten.

Im Anfang belustigten mich die Auseinandersetzungen, welche die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen untereinander pflogen. Die Hauptschlacht wurde immer in der Dreherei geschlagen. In diesen Diskussionen hatten die Christlichen nur einen Wortführer, nennen wir ihn B., der ihr Vertrauensmann war und in den Hausen seine Sache entschieden vertrat. Die übrigen christlich organisierten hielten sich zurück und beteiligten sich kaum an den Auseinandersetzungen; sie standen aber doch fest zu ihrer Sache. Ganz anders die Sozialdemokraten, sie stellten ein ganzes Heer von Wortführern. Von den Hirsch-Dunderschen hörte man weniger, entweder hielten sie mit den Genossen oder waren still. Auf meine verwunderten Fragen bei christlich- und frei organisierten Kollegen, warum die Hirsch-Dunderschen bei den Diskussionen keine eigene Meinung entwickelten, erhielt ich zur Antwort eine Frage, und die lautete: „Woher soll die Berliner Krankenkasse wohl eine eigene Meinung haben?“

Eines Tages hatte, veranlaßt durch einen Hezartikel im roten Volksblatt, wieder einmal eine ziemlich erregte Auseinandersetzung zwischen den Sozialdemokraten und dem christlichen Vertrauensmann stattgefunden. Weil der Streitgegenstand auf religiösem und nicht auf gewerkschaftlichem Gebiete lag (so machten es die Genossen aber gewöhnlich), konnte ich mich an der Auseinandersetzung beteiligen und hatte nicht nur dem christlichen Vertrauensmann wieder sekundiert, sondern die Genossen auch ziemlich energisch abgetrumpft. Der Erfolg des mutigen Eingreifens zeigte sich sofort; ich war nämlich nach der Auseinandersetzung zu zwei anderen christlich organisierten Drehern gegangen und hatte sie gebeten, an der Fortsetzung, die in der Nachmittagspause stattfinden sollte, teilzunehmen. Die beiden Kollegen kamen. Die Sozialdemokraten noch mehr aber die Unorganisierten schauten auf, als wir jetzt schon viere waren. Im Anschluß an diese Diskussion trat der christliche Vertrauensmann an mich heran mit dem Ersuchen: „Mein lieber Opt., laß dich aufnehmen in den christlichen Metallarbeiterverband.“ (Das hätte er nicht nur schon längst tun können, sondern mir auch noch ganz ruhig sagen sollen, warum und weshalb.) Ich antwortete: „Daß mir Zeit bis Feierabend.“ Inzwischen überlegte und sinnierte ich nach Westfalenart hin und her und kam ungefähr zu folgendem Ergebnis: „Wenn du auch einstmals Werkmeister werden willst, dann ist es doch noch lange nicht sicher, daß du es wirst.“ In den Fabriken, wo ich bisher tätig gewesen, half nur Protektion und es war mir immer zu dumm gewesen, meine Zukunft darauf aufzubauen. Ausschlaggebend war aber schließlich die Erwägung: „Auch die Werkmeister — wenigstens die Aufrechten — haben ihre Berufsorganisation, wie kannst du aber dort Ständesbewußtsein haben, wenn du als Arbeiter keiner Ständesorganisation angehörst. Deine Pflicht als Arbeiter ist es, mit deinen Arbeitskollegen zusammenzustehen. Leider haben die Sozialdemokraten durch ihre religionsfeindliche und antinationalistische Haltung eine ihre Arbeiter umfassende Organisation unmöglich gemacht, folglich mußt du als christlich und national denkender Metallarbeiter dem christlichen Metallarbeiterverband beitreten. Wie ein Blitz schoß mir die Mahnung unseres alten Korporals durch den Kopf: „Nur schlappe Kerle und Wachslappen drücken sich an ihren Pflichten vorbei.“ Damit stand mein Entschluß fest.

Vertrauensmann S. machte ein ganz glückliches Gesicht, als ich noch vor Feierabend so ganz heimlich zu ihm an die Drehbank trat — er war gerade am Gewindefschneider — und ihm meinen Entschluß mitteilte. „Weißt du,“ meinte er ganz treuherzig, „heute ist Donnerstag, und da hole ich mir gewöhnlich unser Verbandsorgan, den „Deutschen Metallarbeiter“, von der Geschäftsstelle, wie wäre es, wenn du einmal mitgingest? Heute kommen viele Kollegen dort zusammen und unseren Geschäftsführer kannst du auch kennen lernen. Vielleicht hat er auch Schriftenmaterial da, das dich über die Grundsätze und Ziele unserer Bewegung orientiert.“ (Hier muß ich ergänzend bemerken, daß es damals — es ist schon bald ein Jahr her — um unsere christliche Gewerkschaftsliteratur ziemlich spärlich bestellt war, heute ist das ganz

anders. Ganze Berge von Gratis- oder ganz billigen Schriften sind vorhanden, so daß alle, die guten Willens sind, sich sehr schnell orientieren und jedem Gegner ganz gleich ob knallroten, rosaroten, gelben oder grauen die- nen können.)

Ich ging mit, halb habe ich noch nie etwas getan, und wo ich mitwirken wollte, war ich immer mit dem dem ganzen Herzen dabei. Auf der Geschäftsstelle gefiel mir zunächst der dort herrschende kameradschaftliche Ton, das von allen Seiten erklingende freundschaftliche „Du“ war mir sehr sympathisch. Der Geschäftsführer saß vor einem allmächtig dicken Buch und schrieb Namen hinein. (Damals gab es noch keine Kartothek.) Neugierig schaute ich ihm über die Schulter, stolz erklärte er mir: „Du bist der dreißigste, der heute aufgenommen wird.“

Der Geschäftsführer besprach dann mit uns beiden die Arbeits- und Organisationsverhältnisse in unserem Betriebe. Nach eingehender Aussprache, machte er den Vorschlag, eine Betriebsversammlung abzuhalten, wir mußten ihm aber versprechen, daß wir fleißig für den Besuch derselben agitieren wollten. S. wollte so recht nicht, aber schließlich stimmte er doch zu. Auf dem Heimwege meinte er ganz bedrückt: „Wir blamieren uns!“ „Wieso?“ fragte ich ganz erstaunt. „Na, wenn keiner hinkommt, sind wir dann nicht blamiert,“ fragte S. Ich piff durch die Zähne, daran hatte ich nicht gedacht. „Ja“, meinte ich dann kleinlaut, „unsere Mitglieder kommen doch sicher alle und das ist doch schon eine stattliche Schar.“ So, antwortete Heinrich, das kann ich dir vorrechnen, in der Dreherei sind wir, du eingerechnet, sechs, davon kommen drei. In der Fräseerei und Bohrwerkstatt haben wir vier, von denen kommen zwei. In der Schmiede ist überhaupt nur einer, der kommt aber, und in der Schlosserei haben wir zwölf, wovon vielleicht sechs kommen, also alles in allem sind von den 500 Arbeitern unseres Betriebes nicht ganz zwei Duzend bei uns organisiert, und wenn es gut geht kommt ein Duzend davon. Daß meine Begeisterung einen ziemlichlichen Stoß erlitt, braucht nicht besonders betont zu werden. Und warum? Weil unser guter lieber Vertrauensmann gar zu offenerzig und pessimistisch war. Hätte er das alles hübsch für sich behalten und mich nur angespornt, fleißig für die Versammlung zu agitieren, dann hätte er geschwiegen gehandelt. Daß ich nicht kopfscheu wurde, lag vielleicht an meiner guten Veranlagung, vielleicht auch daran, daß ich zeigen wollte, „wir blamieren uns nicht.“ Bei dieser Gelegenheit möchte ich die dringende Bitte an unsere Vertrauensleute richten, es nicht so zu machen wie Freund Heinrich.

Inzwischen überlegte ich hin und her, wie es anzufangen sei, zu einer gut besuchten Versammlung zu kommen, um uns nicht „zu blamieren“. Kurz und gut, es geriet, wir blamierten uns nicht. Wie es gemacht wurde, soll in der nächsten Nummer gesagt werden. Opt.

Aus den Staatsarbeitergruppen Bayerns

Die vornehmlich durch den Balkankrieg verursachte Geschäftsflaute hat die staatlichen Betriebe in gleicher Weise getroffen wie die Privatbetriebe. In der neu errichteten Gießerei Umberg erfolgten vor einiger Zeit Entlassungen. Wenn diese Entlassungen bei der ohnehin kultivierenden Arbeiterschaft nicht allzu sehr in Erscheinung traten, so wirkten sie doch beunruhigend. Eine kleinere Zahl Arbeiter wurde seinerzeit auch in Sophofen entlassen. In anderen Werken (Gießereiabteilung) wurde gruppenweise ausgesetzt oder auch die reguläre Arbeitszeit um 1-2 Tage verkürzt. In geschäftsflauen Zeiten ist gegen solche Erscheinungen, gleichwohl ob in Staats- oder Privatwerken, kein Kraut gewachsen. In solchen Zeiten erkennt mancher Kollege zu spät, daß er es in guten Zeiten veräußert hat, sich im schützenden Dafen der Organisation Unrechte zu sichern. Hoffentlich wird diese Erfahrung beherzigt.

Die Wirkung der Produktionsbeschränkung auf die Arbeiter ist je nach den Beziehungen zwischen Werkleitung und Arbeiterschaft eine sehr verschiedene. Werden die einzelnen Maßnahmen (Entlassungen und dgl.) einseitig von der Werkleitung diktiert, so entsteht neben der Beunruhigung in der Regel auch eine starke Mißstimmung über das Ausmaß der Verfügungen. Eine günstige Stimmung wird erzeugt, wenn die Art der Produktionsbeschränkung im voraus gegangenen Einvernehmen mit dem Arbeiter-Ausschuß erfolgt, und so eine bestmögliche Verteilung der Lasten auf alle Schultern berücksichtigt wird. Am besonders das Bessere zu erreichen, wurde unser Bezirksleiter, Kollege Kortab, bei dem Herrn Generaldirektor in München vorstellig. Herr Landtagsabgeordneter Oberregierungsrat Frank (früher Referent des einschlägigen Staats im bayrischen Landtag) nahm an dieser Besprechung teil, um die vorerwähnten Bestrebungen zu einer gegenseitigen Verständigung zu unterstützen. Der Herr Herr Generaldirektor erklärte sich bereit, in dieser Angelegenheit mit den Amtsvorständen in Verbindung zu treten. Wenn nun in dieser Frage ein möglichst gutes Verhältnis sich in allen Werken herausbildet, so wird damit nicht allein dem Arbeiter — sondern auch dem Betriebsinteresse gedient sein.

Von den Gruppen der Oberpfalz wurden die Kollegen wiederholt im Organ orientiert. Bei dieser Gelegenheit sollen deshalb die Gruppen im südlichen Bayern zu Wort kommen. Eine interessante Veranstaltung war die auf besuchte Betriebsversammlung am 18. Juli in Oberericht. Herr Bergmeister Umbau, sowie die Werkmeister waren der Einladung zur Versammlung gefolgt, ebenso haben der parlamentarische Vertreter von Oberericht, Herr Professor Dr. Wohlmuth und der Arbeitervereinspräsident an der Versammlung teilgenommen. Aus dem Vortrag des Kollegen Konrad sei hier folgendes wiedergegeben:

Die gegenwärtige Zeit hat neuerdings für jeden Staatsarbeiter den schlüssigen Beweis erbracht, wie auch die Staatsbetriebe mit den Schwankungen des Wirtschaftslebens, mit dessen Wohl und Wehe, auf das engste verknüpft sind. Die Entwicklung zur Spezialisierung und Massenproduktion hat auch vor den Staatsbetrieben nicht Halt gemacht, weil sie sich als einträglicher erwiesen hat. Damit ist aber zu gleicher Zeit das Eigenleben der Betriebe mehr in den Hintergrund getreten. Es wird heute nicht mehr, wie das früher der Fall war, lediglich für die nächste Umgebung oder für einen engeren Kreis produziert, die Produkte suchen vielmehr den ganzen Markt auf. Diese an und für sich gewinnbringendere Produktion muß dann gelegentlich auch die Schattenseite wirtschaftlicher Depression in Kauf nehmen.

Nach einer Kennzeichnung der gegenwärtigen Wirtschaftslage und deren Ursache wurden die Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Werkleitung eingehend behandelt. In guten wie in schlimmen Tagen bleibt die gewerkschaftliche Organisation der unentbehrlichen Rückhalt für jeden strebsamen Arbeiter. Eine uneinige Arbeiterschaft ist nicht fähig der Spielball aller möglichen Zufälligkeiten. Anonyme Briefe an die Werkleitung, Schimpfen hinter dem Rücken sind Neuerungen mangelhafter Organisationsverhältnisse. Auf dem Boden der Solidarität, der gewerkschaftlichen Organisation erwacht geschlossene Interessvertretung, die freimütig ohne Hinterhalt für die Arbeiterrechte eintritt. Je mehr sich auf solche Art geregelte Beziehungen und Verhältnisse herausbilden, werden die kleineren Gesichtspunkte und Wünsche direkt erledigt, und können in der Petition zurücktreten, um so mehr den generellen Fragen vor dem Forum des Landtages Raum zu geben. Damit ist den Interessen der Arbeiter und der Werke in gleicher Weise Rechnung getragen.

Es kamen dann noch einige Wünsche der Arbeiter zur Sprache, besonders hinsichtlich der Produktionsbeschränkung in der Viehwirtschaft. Zuletzt richtete der Referent an den Herrn Landtagsabgeordneten die Bitte, bei den einschlägigen Beratungen im Landtag für die notwendigen Ergänzungen und Erweiterung der Werkstätten eintreten zu wollen. Zu einem hoffnungsvollen Optimismus sei sowohl für die Arbeiterschaft wie für die weiteren Kreise kein Anlaß, da ja auch im Wirtschaftsleben der Satz gelte, nach Regen folgt Sonnenschein.

In der folgenden Aussprache ging der Herr Bergmeister auf die vorgebrachten Wünsche und Bedenken näher ein. Eine Anzahl, fast durchweg jüngere Kollegen, sollen vorübergehend in Reichenberg (Bergwerk) Arbeit bekommen. So halb sich der Geschäftsgang wieder hebe, werden in erster Linie diese Kollegen die Plätze wieder besetzen. Nach Möglichkeit sollen die Verfassungen eingeschränkt werden. Hinsichtlich der Arbeiter-Vertretung erklärte der Herr Bergmeister, daß er alles, was ihm vom Verbandsvertreter vorgebracht werde, ebenso prüfe, wie dasjenige, was durch den Arbeiterausschuß unterbreitet wird. Weiter sagte der Herr Bergmeister, lieber unterhandle ich mit dem Verbandsvertreter, als mit vielen Köpfen einer uneinigen Arbeiterschaft.

Herr Abgeordneter Professor Dr. Wohlmuth erinnerte daran, wie all diese Sorgen naturgemäß auch den Abgeordneten bedrücken, umso mehr deshalb, weil seinerzeit im Landtag von teilweise recht trüben Aussichten für die Hüttenwerke gesprochen wurde. Der Herr Finanzminister habe zugeagt, auf Besserung zu drängen. Der Abgeordnete gab seiner Freude Ausdruck über das sich in der Versammlung geäußerte gute Einverständnis zwischen Arbeiterschaft und Werkleitung, und verbrach nachdrücklich, für zeitgemäße Ausgestaltung der Werkstätten einzutreten. Der Schluß seiner Ausführungen klang aus in dem Appell: Halten Sie fest und treten zusammen in ihrer christlichen Gewerkschaft, sie ist es, die die Interessen der Arbeiter vertritt, die Arbeiterwünsche in gekläarter Form vor den Landtag bringt. Das habe sich auch im letzten Jahre gezeigt, wo trotz der Ungunst der Jahresabschlüsse eine

einheitliche Lohnhöhung von 20 Pfg. beschlossen und von der Regierung zugestanden wurde.

Der Präsident des katholischen Arbeitervereins verwendete sich nochmals um eine Reduzierung der in Aussicht genommenen Verfassungen, dem Rechnung getragen werden soll.

Im Schlußwort gab Kollege Konrad der Hoffnung Ausdruck, daß auch für die Zukunft die realisierten Wünsche der Arbeiter Berücksichtigung finden mögen und appellierte an die Kollegen, das ihrige zu tun durch treues Zusammenhalten. Mit dem Dank an den Herrn Abgeordneten und an die übrigen Herren schloß der Kollege Reil die Versammlung. Diese Versammlung hat gezeigt, daß eine gut organisierte Kollegenschaft entsprechende Beachtung findet.

Zu der Versammlung in Bergen am folgenden Tage wurden die gleichen Fragen behandelt. Die Organisation hat auch dort Fortschritte gemacht. Immerhin steht noch ein Teil der Kollegen abseits und erschwert so eine einheitliche Interessensvertretung. Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, daß sich auch in Bergen zwischen Werkleitung und Arbeitervertretung ein besseres Verhältnis herausgebildet habe. Die Tätigkeit des Verbandes hat sich auch hier als erfolgreich erwiesen. Die künftigen Erfolge werden im wesentlichen davon abhängen, ob die Kollegen den festen Willen haben geschlossen und einig im Verband für die Wahrnehmung ihrer Interessen einzutreten.

Am ungünstigsten in manniacher Hinsicht liegen die Verhältnisse in Sonthofen. Das Werk selbst ist mehr den neuzeitlichen Anforderungen entsprechend eingerichtet. Die Kollegen haben hier den Fehler begangen, Fragen politischer Natur mit den wirtschaftlichen Verhältnissen zu vermengen, und hatten weit mehr wie anderwärts die Kosten der Uneinigkeit der Arbeiterschaft zu bezahlen. Allem Anschein nach vollzieht sich nun eine Wendung zum Besseren. Besten Endes wird die Arbeiterschaft allermählich diejenige Beachtung finden, die sie sich auf Kraft ihrer Organisation erringt. Deshalb gilt auch für die Staatsarbeiter auf der ganzen Linie der Satz: Einigkeit macht stark, darum hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Der Anteil der Zechenmetallarbeiter des Saarreviers an der Hochkonjunktur.

Auf den königlichen Saargruben wird aller Voraussicht nach in nächster Zeit die wirtschaftliche Hochflut einer ruhigeren Geschäftslage Platz machen. Einzelne Gruben lassen bereits nicht mehr überarbeiten. Die Hochkonjunktur brachte den eigentlichen Bergarbeitern, gestützt durch die Tätigkeit der Organisation, fast durchweg eine Steigerung der Löhne. Das ist ein schlagender Beweis für die Wichtigkeit der organisatorischen Selbsthilfe. Hoffentlich hält diese Entwicklung an, das liegt sowohl im Interesse der Arbeiter wie des Mittelstandes.

Leider haben nicht alle auf den Saargruben beschäftigten Arbeiter an der günstigen Geschäftslage in der notwendigen und wünschenswerten Weise Teil genommen. Es sind dieses die 3500 Werkstattdarbeiter, Maschinisten und Heizer, welche zum größten Teil gelernte Handwerker sind. Einem wesentlichen Teil dieser Arbeiter hat die Hochkonjunktur keine Lohnhöhungen gebracht, trotzdem die Löhne aufbesserungsbedürftig waren.

Zum Teil kommen diese Arbeiter im Bergwerksbetriebe nicht in verdientem Maße zur Geltung, weil die Reparaturwerkstätten usw. als notwendige aber unproduktive und lästige Anhängel betrachtet und die Zechenmetallarbeiter dementsprechend bezahlt werden. Trotzdem diese Auffassung vorherrschend ist, sie durchaus unhaltbar. Es ist eine nicht weg zu leugnende Tatsache, daß die Rentabilität einer Grube wesentlich mitbedingt wird von dem mehr oder weniger gut geleiteten Werkstattd- und Maschinenbetrieb. Mehr und mehr scheint sich diese Anschauung auch in den Kreisen der Verwaltung Bahn zu brechen. Als Beweis dafür darf wohl angeführt werden, daß man das Prämiensystem auch auf die Werkstattd- und Maschinenbeamten ausgedehnt hat.

Ist der Werkstattdbetrieb einer Zeche mit den Verhältnissen verknüpft, sind die Arbeiter mit allen vorkommenden Arbeiten, namentlich aber mit den Reparaturen,

bertraut, dann wird nicht nur billiger, sondern was wichtiger ist, bedeutend schneller produziert, wie in gewöhnlichen Privatbetrieben. Je schneller die Reparaturen, um denen die Förderung abhängig ist, ausgeführt werden, desto günstiger ist ohne Zweifel die Rentabilitätsziffer der Zeche. Diese Wahrheiten müssen im Interesse der beteiligten Arbeiter mehr als bisher in den Vordergrund geschoben werden. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung wäre es ferner, wenn Werkstattd- und Maschinenbetrieb u. a. m. unter eine Zentralleitung gestellt würde. Dadurch könnten die einzelnen Betriebe technisch auf der Höhe gehalten und leistungsfähiger gestaltet werden.

Wie schon angeführt, hat nur ein Teil der Zechenmetallarbeiter der Saargruben in der letzten guten Geschäftslage eine Lohnhöhung erhalten, es sind dieses diejenigen, welche unter 31 Jahre alt waren. Das heißt diese der Tätigkeit unseres christlichen Metallarbeiterverbandes zu verdanken. Im Winter 1911/12 richtete unser Verband zum zweitenmale eine Petition an die Regierung und den preussischen Landtag, worin um die Erhöhung der Löhne, Herabsetzung der Altersgrenze zur Erreichung des Höchstlohnes und um eine Verkürzung der Arbeitszeit ersucht wurde.

Als Erfolg der Petition konnte gebucht werden, daß der Höchstlohn, welcher früher im Alter von 36—37 Jahren erreicht wurde, jetzt schon mit 31 Jahren erreicht wird. Das ist ein großer Erfolg für die jüngeren Arbeiter, den sie ohne die Organisation nicht erreicht hätten. Leider wurde die Forderung auf bessere Bezahlung der Sonntagsarbeit nicht erfüllt. Diese Sonntagsarbeiter, die im Interesse des Betriebes nicht ganz zu vermeiden sind, geben zu vielen Klagen Anlaß. Vor allem wünschen die Arbeiter gleichmäßige Verteilung derselben, sowie ein prozentualen Zuschlag, wie er in der Privatindustrie schon lange gezahlt wird.

Die Berechtigung der Forderung in der Petition zur Erhöhung des Schichtlohnes für Werkstattdarbeiter und Maschinisten auf 5,50 bzw. 5,30 Mk. kann nicht bestritten werden. Die Existenzbedingungen zeigen im Saarrevier keine großen Unterschiede, daher wäre eine einheitliche Lohnfestsetzung auf Grund dieser Petition durchaus angebracht. Nach der letzten Lohnbewegung im Saarrevier hofften die Zechenmetallarbeiter auf Grund des Versprechens der Verwaltung, daß auch ihre Wünsche Berücksichtigung gefunden hätten. Es haben aber nur die jüngeren Arbeiter in ihren Reihen herrscht eine begriffliche Erregung. Wo es wohl möglich ist, höhere Löhne zu zahlen, beweist das Vorgehen einzelner Inspektionen, z. B. Dudweiler, dort verdienen die Arbeiter einen einigermaßen den teuren Lebensverhältnissen entsprechenden Lohn. Auf anderen Gruben aber, z. B. Maibach, Bafeld, Camphausen usw. sind die Löhne dagegen durchaus ungenügend. Die Unterschiede können nur beseitigt werden durch eine durchgreifende Lohnhöhung der Werkstattdarbeiter, Maschinisten und Heizer, denen wiederum die Pflicht obliegt durch praktische Standsarbeit in ihrer Berufsorganisation, dem christlichen Metallarbeiterverband, ihre Wünsche Ausdruck zu verleihen. Lange genug haben die Werkstattdarbeiter und Maschinisten geschlafen, während die Kollegen in der Privatindustrie keine Opfer geschehen haben. Wenn die Arbeitsverhältnisse der Zechenmetallarbeiter an der Saar noch sehr verbesserungsbedürftig sind, so trifft die Arbeiter auch selbst ein Teil der Schulden der Gewerkschaftliche Erfolge werden nicht durch Eintagsarbeiten erzielt. Ausdauer und Opferwilligkeit fehlt noch sehr vielen Kollegen an der Saar. Dies muß anders werden. Wollen wir als gleichberechtigt auf den staatlichen Werken an der Saar gelten, so können wir dies nur durch Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes. Nur durch eine festgefügte Organisation können und werden wir zur Gleichberechtigung kommen. Darum Zechenmetallarbeiter an der Saar, auf zur Arbeit für die Organisation und den eigenen Stand.

Wie treibt man Maschinen?

Unterschiedene Kraftverteilungssysteme. — Der elektrische Gruppenantrieb. — Wann ist Einzelbetrieb rationeller? — Anlagekosten und Energieverluste bei Transmissionsanlagen. — Betriebsverhältnisse und Mehrleistungen durch Einzelantrieb.

(Nachdruck verboten!)

Die wirtschaftliche Ausnutzung eines industriellen Betriebes stellt der Technik die Aufgabe, nicht allein die Kraftzeugung, sondern auch die Kraftübertragung und -verteilung so billig und zweckentsprechend wie möglich zu gestalten. Die richtige Wahl der Betriebskraft und des Kraftverteilungssystems ist in vielen Fällen das entscheidende Moment für die Leistungsfähigkeit und Ökonomie der gesamten Anlage. Die Übertragung von Kraft von der Erzeugungsstelle zu den einzelnen Verbrauchsstellen, wo sie die gewünschte Arbeit verrichten soll, kann in verschiedener Weise erfolgen. Wir können zur Übertragung der Kraft eine weitverzweigte Transmissionsanlage mit Seil- oder Riementrieb anwenden; der zu übertragende Effekt wird einerseits durch die Spannung des treibenden Seiles, andererseits durch dessen Geschwindigkeit gegeben. Bei der elektrischen Kraftübertragung haben wir ebenfalls zwei Größen, die den zu übertragenden Effekt bestimmen: die Spannung und die Stromstärke. Die Leistung hängt hier von der Zahl der Volt (Spannung) und der Zahl der Ampere (Stromstärke) ab.

Unter normalen Verhältnissen sind zu einer elektrischen Kraftübertragung mindestens vier Maschinen erforderlich: 1. die Betriebsmaschine, 2. die Dynamomaschine zur Stromerzeugung, 3. der Elektromotor und 4. die Arbeitsmaschine. Ist die Fabrik an ein Elektrizitätswerk angeschlossen, so fallen Betriebs- und Dynamomaschine weg. Da in größeren Anlagen die elektrische Kraftübertragung zum Antrieb vieler Arbeitsmaschinen dienen soll, ist in erster Linie die Frage

zu erörtern, ob Gruppen- oder Einzelantrieb rationeller ist. Beim Gruppenantrieb arbeitet ein größerer Elektromotor auf eine Transmissionsanlage, von der die einzelnen Arbeitsmaschinen durch Riemen angetrieben werden, während beim Einzelantrieb jede einzelne Arbeitsmaschine durch einen besonderen Motor mittels Riemens oder in direkter Verbindung durch Zahnräder ihren Antrieb erhält.

Bezüglich der Ökonomie des Einzel- oder Gruppenantriebs herrscht früher große Meinungsverschiedenheit; heute weiß man, daß der Gruppenantrieb nur vorteilhaft ist, wenn sich mehrere Maschinen unter 5 PS. in beständigem Gebrauch befinden. Allerdings sind die Anlagekosten beim Gruppenantrieb geringer als beim Einzelantrieb, weil ein größerer Motor nebst Anlaßer und die Transmissionsanlage für mehrere Arbeitsmaschinen weniger kostet, als wenn jede Arbeitsmaschine ihren besonderen kleinen Motor und ihre besonderes Vorgelege erhielt. Natürlich dürfen beim Gruppenantrieb nicht zu viele Maschinen an eine Gruppe angehängt oder über einen zu großen Raum verteilt werden, da man sonst dieselben Verluste wie bei der alten mechanischen Kraftübertragung erhält. Ein gut disponierter Gruppenantrieb besteht aus nur wenigen Transmissionswellen; die Antriebsseile sollen möglichst auf dem mittleren Teil der Welle angebracht sein, damit die Kraft von der Mitte aus nach beiden Seiten abgegeben wird.

Eigen viele gleichartige Maschinen nebeneinander, so wird der Gruppenantrieb günstig sein; handelt es sich hingegen um einzelne von einander entfernt liegende Arbeitsmaschinen, so ist der Einzelantrieb zweckmäßiger. Er ist stets zu empfehlen, wenn eine Arbeitsmaschine nur vorübergehend und unabhängig betrieben werden soll, wie z. B. Pumpen, Aufzüge, Krane, Winden, Werkzeugmaschinen, Drehscheiben usw. Wenn die Arbeitsmaschinen sehr gleichmäßig und ruhig laufen sollen, ist ebenfalls der Einzelantrieb vorzuziehen,

ganz besonders bei Druckpressen und Webstühlen. Energieverluste beim Stillstand der Arbeitsmaschinen infolge laufender Transmissionen werden beim Einzelantrieb vermieden, da der Elektromotor beim Stillstand vom Leitungsnetz abgeschaltet ist und somit keinen Strom verbraucht. Es ergibt sich hieraus eine erhebliche Ersparnis an Energiekosten. Bei Transmissionsanlagen mit ihren vielen Wellen, Lagern, Seilen und Riemen werden die Arbeitsräume verdunkelt und lassen sich nur schwer von Öl und Staub freihalten; ein zufälliger Defekt an den Transmissionen legt eine ganze Gruppe von Arbeitsmaschinen still; der Einbau und die Erweiterung der Transmissionen ist mit baulichen Veränderungen und großen Kosten verknüpft.

Alle diese Ungünstigkeiten fallen beim Einzelantrieb fort. Es ergibt sich eine größere Sauberkeit des ganzen Betriebes und eine bessere Beleuchtung der Fabrikhalle. Beweglichen Schaltern von laufenden Schiebern und Riemen die dem Personal die Beobachtung des Arbeitsgutes und der Maschinen außerordentlich erschweren, kommen in Wegfall. Mit Rücksicht auf Transmissionsanlagen wurden die Fabrikräume früher nur rechtwinklig projektiert; der Einzelantrieb ermöglicht eine praktischere Ausnutzung von Grund und Boden, die Gebäude selbst können leichter und billiger ausgeführt werden, z. B. kann bei Schiedbauten die Dachkonstruktion leichter und der Abstand der Säulen größer gewählt werden. Der ganze Betrieb kann günstiger disponiert und übersichtlicher gestaltet werden; denn jede einzelne Arbeitsmaschine ist ja vollkommen unabhängig von den anderen. Aus denselben Grunde kann auch durch feinstufige Regulierung des Elektromotors die für jede Maschine passende Geschwindigkeit eingestellt und konstant gehalten werden. Die höheren Anlagekosten für den Einzelantrieb werden also durch Ersparnisse an Strom, Betriebssicherheit, Erhöhung und Verbesserung der Produktion reichlich wieder eingeholt. Es

Die Berufs- und Betriebsstatistik in der Metallindustrie.

II.

Durch die Betriebsstatistik wird die Zahl der Betriebe und die Anzahl der darin beschäftigten Arbeiter erfasst. Diese Erhebung betrachtet als Betrieb jedes gewerbliche Unternehmen, auch wenn es nur eine Person beschäftigt, gleichviel ob es auf eigene oder auf fremde Rechnung ausgeübt wird.

Die Statistik unterscheidet ferner zwischen Klein- u. Hilfsbetrieben; Kleinbetriebe sind Gewerbebetriebe, in denen ein einzelner Inhaber allein, ohne Mitarbeit von Mitinhabern, Gehilfen, Lehrlingen, mithelfenden Familienangehörigen usw. tätig ist.

Die amtliche Betriebsstatistik unterscheidet 83 Gewerbearten, die zu achtzehn Gewerbeklassen zusammengefasst werden. Die Gewerbeklassen werden zu Gewerbegruppen vereinigt. Unter den 23 Gewerbegruppen der Betriebsstatistik nehmen die Gruppen „Metallverarbeitung“ und „Industrie der Maschinen, Instrumente und

Apparate“ in bezug auf die Zahl der Betriebe die vierte, in bezug auf die Zahl der beschäftigten Personen die zweite Stelle ein.

Die Statistik weist im Metallgewerbe 255 480 Hauptbetriebe auf, in denen 2 433 521 Personen tätig sind. Als Beschäftigte sind hier sämtliche im Betrieb tätigen Personen gezählt: Selbständige Angestellte, Arbeiter und Lehrlinge.

Die größten Ziffern der beschäftigten Personen stellen die „Eisen- und Stahlwerke“ mit 170 664, Eisengießerei und Emaillierung 165 314, Schmiedereien mit 151 726, Schlossereien mit 154 424, Maschinen- und Apparatebauanstalten mit 266 161 Beschäftigten.

Die Gewerbearten werden ferner eingeteilt in Klein-, Mittel- und Großbetriebe. Kleinbetriebe umfassen bis 5 Beschäftigte, Mittelbetriebe von 6-50 und Großbetriebe über 50 Erwerbstätige. Das gesamte Metallgewerbe hat 217 413 gleich 85 Proz. Kleinbetriebe, 30 641 gleich 11,99 Proz. Mittelbetriebe und 7 426 gleich 2,91 Proz. Großbetriebe. Von den hauptberuflich Erwerbstätigen sind in den Großbetrieben 1 548 415 Personen gleich 63 Prozent beschäftigt, 464 919 gleich 19,11 Proz. arbeiten in Mittelbetrieben und 420 187 gleich 17,26 Prozent entfallen auf die Kleinbetriebe. Die nachfolgende Zahlentafel enthält die Hauptbetriebe, die Zahl der darin beschäftigten Personen, ferner die Zahl der Klein-, Mittel- und Großbetriebe und die in letzteren beschäftigten Personen.

Table with 7 columns: Gewerbeart, Hauptbetriebe, Beschäftigte Personen, Kleinbetriebe bis 5 Beschäftigte, Mittelbetriebe 6-50 Beschäftigte, Großbetriebe über 50 Beschäftigte, Gesamtbeschäftigte. Rows list various industrial categories like Silber-, Eisen-, and Maschinenbau.

Von der Gesamtzahl der beschäftigten Personen im Metallgewerbe waren 1 689 857 gleich 79,12 Prozent männliche Arbeiter im Alter von 16 Jahren und darüber, 114 547 gleich 5,36 Prozent Arbeiterinnen im Alter von 16 Jahren und darüber, 149 275 gleich 6,99 Proz. Arbeiter im Alter von 14-16 Jahren und 5 590 gleich 0,26 Proz. Arbeiter im Alter von unter 14 Jahren; ferner 176 448 gleich 8,26 Proz. Lehrlinge. Von den Arbeiterinnen sind 26 869 = 23,45 Proz. verheiratete Frauen. Die Hauptzahl der im Metallgewerbe beschäftigten Frauen stellt Schlesien, besonders der Regierungsbezirk Oppeln.

In nur geringem Maße wird das Metallgewerbe als Hausindustrie betrieben. Im Vergleich zu anderen Berufsgruppen ist sie daher für das Metallgewerbe von untergeordneter Bedeutung. Die Zahl der metallindustriellen Hauptbetriebe in der Heimindustrie beträgt 15 562, welche insgesamt 27 654 Personen beschäftigen. Von diesen sind 15 818 Betriebsleiter, 10 683 Gehilfen und Arbeiter und 1153 Familienangehörige der Betriebsleiter. Innerhalb der Hausindustrie nimmt die Messer-, Scheren-, Sensen- usw. -Fabrikation die erste Stelle ein. Sie beschäftigt in 4 599 Hauptbetrieben 9 374 Personen. Die Messerindustrie blüht hauptsächlich im bergischen Land, in den Städten Solingen und Rem-

scheid und den thüringischen Staaten, die von alters her einen bedeutenden Ruf in der Messerfabrikation usw. besitzen. Ein weiterer Zweig der metallindustriellen Heimindustrie ist die Blech- und Mundharmonikafabrikation, deren Hauptstich sich in Sachsen befindet und sich bis weit nach Böhmen hinein erstreckt. Sie zählt in 1 391 Betrieben 196 000 Beschäftigte. Ihnen nahe stehen die Anfertiger sonstiger musikalischer Instrumente, deren Zahl 1934 Personen beträgt, die sich auf 1016 Betriebe verteilen.

Immer mehr werden diese Arten der Hausindustrie von den leistungsfähigeren großen Werken verdrängt, was sich besonders im bergischen Lande bemerkbar macht. In einem Schlussartikel werden wir das Religionsbekenntnis der Metallarbeiter und ihre Verteilung auf die deutschen Bundesstaaten behandeln.

Das Genossenschaftswesen.

III.

Neben dem Vorstande besteht in der Genossenschaft ein Aufsichtsrat. Dessen Vorhandensein ist im Gegensatz zu den früheren Bestimmungen obligatorisch - ganz ähnlich wie bei der Aktiengesellschaft. Das Genossenschafts-

gesetz hat die Mindestzahl der Aufsichtsräte auf drei festgelegt. Trifft das Statut keine besondere Bestimmung, so muß der Aufsichtsrat so viel Mitglieder aufweisen. Es steht aber nicht im Wege, daß diese Zahl beliebig erhöht wird. Der Aufsichtsrat muß von der Generalversammlung gewählt werden und zwar ist zur rechtmäßigen Bestellung eine Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Genossen notwendig. Im übrigen hat die Stellung des Aufsichtsrates einer Genossenschaft sehr viel Ähnlichkeit mit dem einer Aktiengesellschaft. Ein Unterschied besteht allerdings: die Mitglieder des genossenschaftlichen Aufsichtsrates dürfen keine Lantienamen beziehen, d. h. eine Vergütung, die nach dem Geschäftsergebnis bemessen ist, dagegen steht ihnen etwaigen festem Besolung, der Gewährung von Tagelohnen usw. nichts im Wege. Man hat die Bestimmung offenbar in der Absicht getroffen, die Geschäftsführung möglichst unbeeinträchtigt von persönlichem Interesse Einzelner zu gestalten. Der Gemeinschaftsgebanke, der in der Genossenschaft herrschen soll, ist die letzte Ursache der genannten Bestimmung. Eine Entfremdung von dem eigentlichen Genossenschaftszweck, der in erster Linie in „der Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder“ liegt, soll eben unter allen Umständen vermieden werden. Ob diese edle Absicht des Gesetzgebers immer erreicht wird, ist allerdings eine andere Frage. Bei der Aufgabe, die dem Aufsichtsrat zugewiesen ist, ist es eigentlich selbstverständlich, daß seine Mitglieder nicht zugleich Mitglieder des Vorstandes sein können, auch dauernde Stellvertreter dieser dürfen sie nicht sein. Nur vorübergehend und für einen im Voraus begrenzten Zeitraum kann ein Aufsichtsratsmitglied die Vertretung eines Vorstandsmitgliedes übernehmen. Von der Geschäftsführung der Genossenschaft ist der Aufsichtsrat aber eines seiner Mitglieder also ausgeschlossen.

Die Haupttätigkeit des Aufsichtsrates ist wie bei der Aktiengesellschaft eine Kontrollierende. Er hat vor allem den Vorstand und seine Geschäftsführung in allen Zweigen der Verwaltung zu überwachen. Zu diesem Zwecke muß er sich von dem Gange der Angelegenheiten der Genossenschaft unterrichten. Um das zu können, ist der Vorstand verpflichtet, ihm zu jeder gewünschten Zeit Bericht zu erstatten; das Einsehen der Bücher, Schriften, Korrespondenz usw. ist ihm selbstverständlich erlaubt, ebenso wie die Prüfung des Bestandes der Genossenschaftskasse, der Bestände an Effekten, Handelspapieren und Waren. Gerade die Tätigkeit der zuletzt genannten Art ist bei großen Genossenschaften mit eigenen Lagerhäusern, großen Warenkapeln von sehr einschneidender Bedeutung. Die Prüfung der Jahresrechnung und der Bilanz gehört ebenfalls zu den Obliegenheiten des Aufsichtsrates. Auch hat er die Vorschläge des Vorstandes zur Verteilung von Gewinn und Verlust zu kontrollieren und darüber der Generalversammlung Bericht zu erstatten. Die Einberufung einer solchen ist ebenfalls seine Pflicht, wenn sie im Interesse der Genossenschaft erforderlich ist. Anderweitige Verpflichtungen kann das Statut noch für den Aufsichtsrat festlegen. Eine Befugnis ist ihm vom Gesetz noch überwiehen, die er bei der Aktiengesellschaft nicht hat. Wohl zur Sicherung der Genossenschaft ist bestimmt, daß einem Vorstandsmitglied nur mit seiner Genehmigung Kredit von der Genossenschaft gewährt werden darf. Dem Ermessen des Aufsichtsrates steht es anheim, Mitglieder des Vorstandes oder andere Beamte der Genossenschaft vorläufig ihrer Stelle zu entheben. Nur vorläufig - wenigstens bei den ersteren - denn die endgültige Entscheidung hat natürlich die Generalversammlung, die bei einem solchen Falle unverzüglich einzuberufen ist. Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben in ihrem Aufgabenkreis die Sorgfalt anzuwenden, die ein ordentlicher Geschäftsmann anzuwenden pflegt; sie haben in dieser Hinsicht genau dieselbe Verpflichtung wie die Mitglieder des Vorstandes. Verlehen sie diese, haften sie der Genossenschaft, wie der Vorstand persönlich und solidarisch, d. h. jedes einzelne Aufsichtsratsmitglied kann für den ganzen Schaden haftbar gemacht werden.

Die Gesamtheit der Genossen hat in der Generalversammlung ihre Vertretung. Diese unterscheidet sich in einer Hinsicht von jeder anderen Gesellschaftsform - jeder Genosse hat nämlich nur eine Stimme, gleichgültig, ob er einen oder mehrere Geschäftsanteile hat. Der Zweck dieser Bestimmung ist klar: Man wollte die kapitalistische Beherrschung der Mehrheit der Genossen, die aber das geringere Kapital stellt, durch eine Minderheit mit dem größeren Kapitalanteil vermeiden. Es wäre dem Wesen der Genossenschaft direkt widersprechend, wenn eine Majorisierung durch den Besitz größerer Kapitalien möglich wäre. Das wäre keine Genossenschaft mehr, in der das möglich wäre, sondern eine Kapitalgesellschaft im Interesse einzelner, wie wir es bei der Aktiengesellschaft finden. Da die Mitgliedschaft bei einer Genossenschaft ein höchst persönliches Recht ist, können die Rechte, die aus ihr fließen, nicht übertragen werden. Die Ausübung des Stimmrechtes durch Bevollmächtigte, - wie das ja bei der Aktiengesellschaft möglich und üblich ist - ist daher unzulässig. Einige Ausnahmen sind allerdings zulässig - sie ergeben sich aus dem Wesen der Sache. Bevollmächtigte für handlungsunfähige Personen sind zulässig, ebenso für Korporationen, Handelsgesellschaften, Genossenschaften und andere Personenvereinigungen, die Mitglieder einzelner Genossenschaft sind. Wenn das Statut Frauen, die Mitglieder der Genossenschaft sind, von der Generalversammlung ausschließt, kann auch für sie ein Bevollmächtigter das Stimmrecht ausüben. Die Generalversammlung wird durch den Vorstand und in dem oben erwähnten Fall durch den Aufsichtsrat berufen. Wann das zu geschehen hat, bezugleich die etwaige Befugnis noch anderer Personen wird vom Statut bestimmt. Außer in den hier genannten Fällen ist sie einzuberufen, wenn das Interesse der Genossenschaft es erfordert. Verlangt der zehnte Teil der Genossen die Einberufung der Generalversammlung, so muß dem stattgegeben werden. Voraussetzung ist nur, daß sie in einer unterschriebenen Eingabe die Gründe und den Zweck ihres Verlangens darlegen. Das Statut kann übrigens die Einberufung an eine kleinere Genossenschaft knüpfen. Die Genossen können ebenso die Beschlußfassung über einen bestimmten Gegenstand verlangen. Ueber die Art der Einberufung weist das Statut meist Bestimmungen auf - nach dem Gesetz muß sie mindestens mit einer Frist von einer Woche erfolgen. Soll über bestimmte Gegenstände ein Beschluß gefaßt werden, müssen sie mindestens drei Tage vor der Generalversammlung angekündigt sein; das Statut kann eine längere Frist bestimmen. Die Beschlüsse sind in ein Protokollbuch einzutragen, dessen Einzeichnung jedem Genossen und der Staatsbehörde freisteht.

Metallarbeiterverbände betriebenen Gewalt- und Ausschaltungspolitik anderen Organisationen gegenüber, die wachstumsfähigen Geh- und Aufputzungsmandat in der roten Presse. Die sozialdemokratischen Werkarbeiter — die die sogenannte Elitegruppe des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes sein sollen — wollten endlich etwas sehen, von „der neuen Epoche“, welche ihnen ihr Verbandsorgan, die „Metallarbeiterzeitung“, bis zum Ueberbruch vorgemacht hat.

Wie die Dinge auf den Seeschiffswerften liegen, dafür einen einzigen Satz aus Schliches Rede, den wir in der sozialdemokratischen „Niederhessischen Arbeiterzeitung“ (185, 1913) finden; er lautet:

„Die Arbeiter einer Werft hatten zu den drei Pfingstfeiertagen sich noch den vierten hinzugeschlossen, waren an diesem Tage in angeheiteter Stimmung mit Harmonikabegleitung mit dem Portier und einigen Meistern in ihrer Mitte zur Direktion gezogen und hatten dort Vorschuh verlangt, später dann auch eine Lohnerhöhung. So sind die Werftarbeiter oft zu Konflikten mit den Unternehmern und zu Arbeitsniederlegungen gekommen, ohne daß die Organisationsleitung davon vorher wußte.“

Die sozialdemokratischen Werkarbeiter haben sich anscheinend — natürlich aufgepuscht von ihrer Presse — die „neue Epoche“ so vorgestellt. Nimmt es Wunder, wenn angesichts der roten Geh- und Gewaltspolitik jede Disziplin zum Teufel geht?

Vom außerordentlichen Verbandstag des sozialdemokratischen Verbandes ist zu berichten, daß am ersten Tage Schliche keine Anklage hielt, außerdem kamen noch einige Delegierte aus dem Westgebiet zu Worte. Die Hauptschlacht wurde am zweiten Tage, in geschlossener Sitzung, geschlagen. Die Redeschlacht wogte hin und her und fand ihren Niederschlag in einer Reihe Resolutionen, die bis auf eine von den Hamburgern und eine, von Wuse-Bielefeld eingebrachte, welche letztere den Vorstandspunkt vertrat, wieder zurückgezogen wurden.

Die von den Hamburgern und Delegierten aus den verschiedensten Teilen des Reiches zugehenden der Werftarbeiter eingebrachte Resolution, so heißt es im Vorwärts Nr. 204, 1913, erkannte an, daß die Arbeitsniederlegungen gegen das Statut verstößen und der Vorstand nach dem Wortlaut des Statuts im Recht war. Die Generalversammlung sollte aber in Berücksichtigung der Sachlage beschließen, „den Streik auf den Seeschiffswerften durchzuführen und die durch den Streik entstandenen, sowie die in Zukunft etwa noch entstehenden Ausgaben gemäß Paragraph 16 des Statuts auf die Hauptkasse zu übernehmen.“

Die Abstimmung über diese Resolution war namentlich, sie wurde abgelehnt, aber nur 9 Stimmen fehlten den Hamburgern. Die von Wuse-Bielefeld eingebrachte Vorstandesresolution wurde darauf in namentlicher Abstimmung angenommen. Ihr Wortlaut ist folgender:

„Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt nach den Ausführungen des Vorstandes und der Kollegen aus den Werftorten, in denen die Arbeit ohne Genehmigung des Vorstandes niedergelegt worden ist, daß dieses Vorgehen nicht in Einklang zu bringen sei mit den Grundsätzen gewerkschaftlicher Taktik und Disziplin.“

Sie verurteilt das Vorgehen dieser Kollegen auf das Entschiedenste, da es nicht geeignet erscheint, die Stokkraft des Verbandes gegenüber dem einigen, geschlossenen Vorgehen des Unternehmertums in der Metallindustrie zu erhöhen.

Aus diesem Grunde ist die Generalversammlung der Meinung, daß der Vorstand nicht anders handeln konnte, wie er gehandelt hat, sogar so zu handeln verpflichtet war.

In richtiger Würdigung der ganzen Situation, in die der Verband durch das Vorgehen der Hamburger Kollegen gebracht worden ist, verlangt die Generalversammlung von den Werftarbeitern, den Kampf zu beenden.

Der Vorstand wird beauftragt, nach Aufnahme der Arbeit erneute Verhandlungen nachzusuchen und den Beteiligten vom Tage des Beginns des Streiks bis zur Wiederaufnahme der Arbeit Streikunterstützung zu zahlen, sowie auch diejenigen Kollegen zu unterstützen, die nicht sofort wieder eingestellt werden.“

Die Werftarbeiterbewegung ist also beendet und der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat, wie sein Vorsitzender auf dem außerordentlichen Verbandstage ausführte, „eine moralische Schlappe erlitten.“

Inzwischen hat sich, wie vorauszu sehen war, die politische Sozialdemokratie mit dem Beschluß des sozialdemokratischen Verbandstages beschäftigt. Der sozialdemokratische Kreiswahlverein Niederbarnim nahm in seiner Generalversammlung nach teilweiser erregter Diskussion dazu folgende Resolution an:

„Die Generalversammlung bedauert, daß der außerordentliche Verbandstag der Metallarbeiter den Hamburger Antrag, welcher die Anerkennung des Werftarbeiterstreiks forderte, abgelehnt hat. — Diese Ablehnung birgt die Gefahr in sich, daß die gelben Werkvereine, welche immerwährend bekämpft werden, zu einer noch größeren Gefahr für die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung werden können und damit in der Arbeiterschaft eine Stimmung erzeugt wird, die der Propagierung der Massenaktion den Weg versperren.“

Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband ist also durch seine Gewalt- und Ausschaltungspolitik in die Lage des Bauberlehrlings geraten: „Die er rief, die Geister, wird er nun nicht los.“

Auf die Lehren, welche sich aus diesem sozialdemokratischen Canna für unsere Kollegen ergeben, wird noch zurückzukommen sein. Für heute sei nur wiederholt, daß unsere Kollegen keine Veranlassung haben, rote Putzschle zu mitzumachen. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen seitens der sozialdemokratischen Organisation Arbeitseinstellungen ohne Genehmigung erfolgten, und die dann elendiglich verträchten. Für solche Experimente sind unsere Kollegen zu schade.

Fürth. Im hiesigen Betrieb der Metallpapier-, Bronzefarben- und Blattmetallwerke ist am 1. April der bestehende Tarifvertrag gekündigt worden. Gleichzeitig wurde der Werkleitung mitgeteilt, daß die Organisationsvertreter zu jeder Zeit bereit seien, in Verhandlungen einzutreten zur Erneuerung des Vertrages. Nach mehrmaligen Verhandlungen kam trotz der in Fürth herrschenden mißlichen Geschäftslage ein neuer Tarif zustande, der den Arbeitern wesentliche Vorteile bringt.

Die Arbeitszeit wurde wöchentlich um 1 Stunde verkürzt. Die Presser erzielen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 2 Mark. Die Schläger, die drei Hämmer versehen, erreichten einen wöchentlichen Mehrverdienst von 1 Mark bis 1,40 Mark. Diejenigen, welche zwei Hämmer versehen, erzielen in der Woche einen Mehrverdienst von durchschnittlich 4 bis 5 Mark. Die 120 Arbeiterinnen erhalten eine Lohnerhöhung von 2 bis 2,50 Mark pro Woche. Die Zusperrungen werden vom ersten Juli ab im Wochenlohn beschäftigt und erhalten ihren seitherigen Lohn. In Zukunft werden ihnen die Feiertage mitbezahlt, was bisher nicht der Fall war.

Insgesamt wurden etwa 18—20 000 Mark Mehrlohn erzielt und 12 000 Stunden Arbeitszeitverkürzung. Beteiligt waren bei dieser Bewegung der christliche, der sozialdemokratische und der Hirsch-Dundersche Verband.

Das Ergebnis der Bewegung zeigt, daß auch in Zeiten minder guten Geschäftsganges etwas erreicht werden kann, wenn die Arbeiterschaft nur gut organisiert ist und zielbewußt zu Werke geht.

Rehheim. Der Streik bei der Aluminiumfabrik F. W. Bröckmann ist beendet. Durch Verhandlungen zwischen der Betriebsleitung und dem Vertreter unseres Verbandes sind die bestehenden Differenzen beigelegt worden. Die Dunder haben unter den alten Affordbedingungen bereits am 7. August die Arbeit wieder aufgenommen. Die Einstellung der übrigen Arbeiter erfolgt in den nächsten Tagen.

Von unserem Verbände waren 32 Kollegen am Streik beteiligt, welche sich alle wieder gehalten haben. So gar einige Indifferente erklärten sich mit ihren gemäßregelten Mitarbeitern solidarisch und schlossen sich der Bewegung an. Um so schmachlicher war das Verhalten der im Betriebe beschäftigten Arbeiter, welche den beiden anderen in Frage kommenden Verbänden angehören. Das einzige im Betrieb beschäftigte Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins — derselbe soll Vorsitzender der hiesigen Zahlstelle sein — erklärte von vornherein, die übrigen Arbeiter des Betriebes gingen ihn nichts an, er mache nicht mit. Ein herrliches Zeichen der Solidarität von einem „organisierten Arbeiter“. Die drei Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes klappten im Verlauf der Bewegung elendig zusammen. Zwei davon reichten zwar auch ihre Kündigung ein, zogen diese aber nach einigen Tagen wieder zurück. Der Dritte — ein Drucker — wurde zwei Tage vor Beendigung des Kampfes zum „Arbeitswilligen“.

Die Metallarbeiter von Rehheim wissen nun, was sie von den Mitgliedern der anderen Verbände zu halten haben. Eine ausdauernde Werbetätigkeit für unseren christlichen Metallarbeiterverband ist deshalb in Zukunft unsere nächste Aufgabe.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugung fort.

Düsseldorf. Auf dem Emailierwerk Rhenania stehen die Arbeiter im Streik.

Hamburg. Die Hus- und Wagenschmiede stehen im Streik.

Düsseldorf. Die Former und Gießereiarbeiter des Stahlwerks Krieger, Oberkassel, Hansallee, haben einstimmig die Betriebssperre über das Werk verhängt. Der Grund dieser Maßnahme ist in Affordabzügen von 5 bis 24 Mark zu suchen.

Heizungsmonteur und Selter. Die Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifvertrages in der Heizungsbranche für Rheinland-Westfalen sind gescheitert.

Düsseldorf. Die Baulenpner stehen im Streik.

Gelsenkirchen-Schalke. Bei der „Gutehoffnungshütte“, Abteilung Böker & Comp., stehen die Drahtzieher des Fein- und Mehrfachzuges wegen Afforddifferenzen in Kündigung.

Zugung ist fernzuhalten.

Bremen. Der Klemnerstreik ist durch Abschluß eines Tarifvertrages erledigt.

Gelsenkirchen. Der Streik auf dem Drahtwerk Rhenania ist mit teilweisem Erfolg für die Arbeiter beendet worden.

Rehheim. Der Streik bei der Aluminiumfabrik F. W. Bröckmann ist mit Erfolg beendet. Die Sperre wird aufgehoben.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 17. August, der vierunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. August bis 23. August 1913 fällig.

Die Ortsgruppe Bamberg erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extra-Beitrages von 10 Pfg. pro Woche, der von der 35. Woche ab erhoben wird. Die Nichtbezahlung des Extra-Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die Zahlkarte noch nicht eingelaßt hatten die nachstehenden Verwaltungsstellen, als die Statistik abgeschlossen werden mußte: Stettin, Alschaffenburg, Nieder-

reiffenberg, Kleinstenheim, Frankenthal, Spener, Aue, Dessau, Ellenburg, Jena, Neugersdorf, Zittau, Lörrach, Markkirch, Rheinfelden, Singen, Bamberg, Lindau, Schwabach, Qualenbrück, Duderstadt, Sameln.

Bei der außerordentlichen Wichtigkeit dieser Statistik ist es bedauerlich, daß immer noch einige der für die Aufsendung der Zahlkarten verantwortlichen Kollegen versagen. In Zukunft darf jedenfalls keine Verwaltungsstelle mehr zurückbleiben.

Wo bleibt die Abrechnung?

Nachstehende Verwaltungsstellen hatten bis zum Erscheinen dieser Nr. die Abrechnung vom 2. Vierteljahr noch nicht eingelaßt.

Dieberg, Cupen, Großenheim, Frankenthal, Landau, Neustadt a. d. Haardt, Spener, Königshuld, Theresienhütte, Dessau, Freiburg, Lörrach, Markkirch, Merzweiler, Rheinfelden, Koltweil, Schuffenried, Stuttgart, Rempten, München, Beverungen, Duderstadt, Wolfenbüttel.

Da bereits zwei Wochen über den festgesetzten Einsendetermin verstrichen sind, werden die Vorstände obengenannter Verwaltungsstellen dringend ersucht, für die umgehende Einsendung der Abrechnung Sorge zu tragen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Böchum. In unserer Generalversammlung am 3. August gedachte Kollege Engel zunächst unseres verstorbenen Verbandsredakteurs Kollegen Kraus und erstattete darauf den Bericht vom verfloffenen Quartal. Daraus ging hervor, daß innerhalb der Verwaltung sehr fleißig gearbeitet worden ist. Kollege Engel besprach den Werftarbeiterstreik und erteilte dann dem Chefredakteur der „Westfälischen Volkszeitung“ das Wort zu einem recht instruktiven und mit großem Interesse entgegen genommenen Vortrag. Der Redner gedachte des immensen Wohlstandes, dessen sich Deutschland seit dem Ausblühen der Industrie erfreue und hob hervor, daß wir heute an Nationalreichtum manches Land überflügelt hätten. Das Ziel der Nationalökonomie und der Sozialpolitik müsse darauf gerichtet sein, an der Reichtumsvermehrung auch den Arbeiter teilnehmen zu lassen, denn durch seiner Hände Arbeit würden doch in der Hauptsache die gewaltigen Werte erzielt. Es gelte, recht viele zufriedene Menschen zu schaffen. Daß der Industrieralismus die Gewerkschaften mit einem scheelen Auge betrachte, sei nur zu verständlich aus seiner Vergangenheit. Er sei es gewesen, der sich vor etwa 40 Jahren gegen die Abschaffung der Kinderarbeit gemeldet und sich auch der Sozialpolitik immer entgegengestellt habe. Gegenwärtig herrsche wieder eine antisoziale Bewegung, die ihren bedeutendsten und energischsten Vertreter in dem bekannten Berliner Nationalökonom Prof. Dr. Ludwig Bernhard habe. Für die organisierten Arbeiter gelte es, die Augen offen zu halten und diese Erscheinungen nicht zu ignorieren. Nicht Stillstand der Sozialpolitik müsse die Lösung heißen, sondern Fortführung derselben. Es seien noch lange nicht alle wirtschaftlichen Schäden behoben, unter denen die Arbeiterschaft leide, im Gegenteil, mit der fortschreitenden Industrialisierung tauchten fast Jahr für Jahr neue sozialpolitische Probleme auf. Die ihrer Lösung entgegengeföhrt werden müssen. Darum wärde kein Vernünftiger gegen die Bestrebungen auf Verbesserung der Lage der Arbeiter etwas einzuwenden haben, besonders unser Mittelstand nicht, denn hat der Arbeiter Geld, dann floriert auch sein Geschäft. Freilich muß bei dem Bestreben nach Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Lähle Verstand die Oberhand haben, ganz besonders aber halte man sich von übertriebenen Forderungen fern. Bei der Sozialdemokratie wird der große Fehler begangen, daß man der Menge Dinge verspricht, die gar nicht erfüllbar sind. Wenn dann das Fiasko folgt, so ist das nicht zu verwundern. Man hat dort vielfach Hoffnungen erweckt, die an der Unmöglichkeit ihrer Ausführung zu Schanden werden müssen, sobald sich der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter eine steigende Unzufriedenheit bemächtigt, die beim Werftarbeiterstreik mit aller Deutlichkeit in die Erscheinung getreten ist. Das ist der Fluch der bösen Tat! Weber die sozialdemokratischen Gewerkschaften, noch die sogenannten „Gelben“ kommen für den christlichen Arbeiter in Frage. Die Sozialdemokraten überspannen in allem den Bogen und die „Gelben“ sind Charaktere, die um etlicher materieller Vorteile willen auf ihr gesetzlich gewährleitetes Koalitionsrecht verzichten. Der Redner forderte die Anwesenden eindringlich auf, ihre Organisation zu wirken, sich von der Abenteuerpolitik der Sozialdemokratie fern zu halten und besonders dem Jugendproblem die allgrößte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Diskussion war eine recht fruchtbringende und dokumentierte den energischen Willen zur Tat.

Kollegen von Böchum, an die Arbeit! Stellt Euren Mann jetzt bei der geplanten Jugendagitation. Erstreckt ist der gute Besuch der letzten Generalversammlungen, besonders von den jugendlichen Mitgliedern. Es muß aber auch an dieser Stelle den älteren Kollegen ins Gewissen geredet werden, daß sie den jüngeren Mitgliedern mit einem guten Beispiele vorangehen müssen. Wenn die jungen Kollegen sehen, daß die alten Kämpfer begeistert für ihre Ideale arbeiten, so wirkt das sicherlich ermutigend. Aber leider hören wir heute schon von manchem älteren Kollegen: Wir haben lange genug gearbeitet, laßt die Jungens auch mal was machen! Mögen die älteren Mitglieder doch einmal darüber nachdenken, welche Folgen dieses bringen könnte. Ueberhaupt ist unsere Gewerkschaftsbewegung noch zu jung, und es muß noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden, um die unorganisierten Metallarbeiter im Böchumer Bezirk für unsern Verband zu gewinnen, als daß schon die älteren erfahrenen Kollegen diese Arbeit den jüngeren Mitgliedern allein überlassen könnten.

Also Ihr älteren Mitglieder! Geht der Jugend mit einem guten Beispiel voran. Jetzt bei der geplanten Jugendagitation mit an die Arbeit. Dort ist Euch Gelegenheit gegeben, im Hause der Eltern über die Gefahren auf der Arbeitseiste aufzuklären. Das macht auf die Eltern einen größeren Eindruck, als wenn nur junge Kollegen die Aufklärungsarbeit betreiben. In den nächsten Monaten heißt die Parole: Alle Alte und junge Kollegen, gemeinsam an die Arbeit!

Adm. Ein mit den besten Arbeitszeugnissen ausgerüsteter Kollege sendet uns folgende Zuschrift:

„Am Arbeitsnachweis des Unternehmerverbandes für den Regierungsbezirk hiesigen Zustände, die bringen der Abhilfe behürten, dort reagieren die Beamten wie es ihnen paßt.“

